

Leerer Saal, volles Rohr

Private Hausbesitzer werden zu aufwendiger Energie-Sanierung gezwungen. Dabei ist die Verschwendung in öffentlichen Gebäuden häufig viel dramatischer

* In Schulen, Polizeiquartieren und Rathäusern fehlt der Anreiz, Heizkosten zu sparen

Draußen ist ein kühler Frühlingstag. Und drinnen, in den Räumen einer Berliner Schule, treibt die Hitze den Kindern den Schweiß auf die Stirn. Alle Heizungen sind voll aufgedreht und glühend heiß. Um die Temperaturen etwas erträglicher zu machen, haben die Schüler die Fenster geöffnet. Auf die Heizungsregler achtet niemand. Auch später nicht, als sich nach Schulschluss die Klassenzimmer leeren.

Richard Häusler, Projektleiter des Energiesparprojektes "Köpfchen statt Kohle", hat immer wieder Situationen wie diese in Schulen oder Ämtern beobachtet: "Im eigenen Haus gucken die Menschen auf die Kosten, in öffentlichen Gebäuden interessiert der Verbrauch nicht. Das ist das sogenannte Allmende-Dilemma - Güter, die der Allgemeinheit gehören, werden nicht so pfleglich behandelt wie Privateigentum."

Öffentliche Gebäude wie Schulen, Rathäuser oder Verwaltungen verheizen nach den Erkenntnissen der Deutschen Energieagentur (Dena) viele Millionen Euro. Ebenso wie viele der 18 Millionen Wohngebäude, entstand ein großer Teil der Immobilien der Kommunen, Länder oder des Bundes vor den 70er-Jahren, bevor die erste Energieeinsparverordnung in Kraft trat. Auf die rund 190 000 öffentlichen Gebäude entfällt immerhin ein Zehntel des absoluten Verbrauchs an Heizwärme für alle Bauten in Deutschland. Dabei ist das Sparpotenzial groß. Die baulichen Hüllen vieler Gebäude sind schlecht gedämmt, die Fenster undicht, die Heizungsanlagen nicht ausgeregelt. Allein die Kommunen müssen jährlich 2,6 Milliarden Euro für die Strom- und Warmwasserversorgung aufbringen, die Hälfte davon für Schulen. Doch gerade Kommunen oder Landkreise sind oft nicht zu großen Investitionen in der Lage. "Dort schlummern enorme Energie-Einsparpotenziale. Doch oft kann niemand die Anstoßinvestition aufbringen, um diese auszuschöpfen", sagt der Bereichsleiter Energieeffiziente Gebäude Christian Stolte von der Dena.

Einen alternativen Weg sucht das Berliner Projekt "Köpfchen statt Kohle". Statt die Gebäude umzubauen, sprechen die Initiatoren Schüler, Lehrer und Hausmeister an, informieren sie und entwickeln Lösungen, um den Verbrauch der Heizungen und Elektrogeräte zu drosseln. Schüler können im Unterricht Bilder der Wärmekamera auswerten, Temperaturen messen und Stromfresser bestimmen. Der Ingenieur Christian Bornemann von Sauter Facility Management, der für die technische Umsetzung zuständig ist, lädt die Hausmeister zu Workshops ein. Allein schon die Einstellung der richtigen Raumtemperaturen senkt meist den Öl- oder Gasverbrauch. Denn die Räume sind häufig überheizt. Zudem laufen die Anlagen meist zu lange vor dem Schulbeginn. Ein späteres Hochfahren und Abschalten vor Schulschluss hilft zusätzlich sparen. "Wenn die Schule um acht beginnt, muss man nicht schon um sechs Uhr heizen. Und auch das frühere Herunterfahren hilft sparen", sagt Bornemann.

Bei einem Vorgängerprojekt in Dresden, einem Schulkomplex mit fünf Häusern, gelang eine beachtliche Verbesserung. "Wir haben den Energieverbrauch allein durch die Optimierung der Anlagen und der Benutzung um ein Drittel gesenkt", sagt Bornemann. Eine ähnliche Kostensenkung will der Ingenieur auch in Berlin erreichen. Doch dort sind viele Projektteilnehmer skeptisch. "Pädagogik dichtet keine Fenster", hieß es aus den Reihen der Hausmeister. Die Optimierung ist schwierig, wenn nicht einmal die Fenster richtig schließen und die Heizung nicht für einzelne Räume geregelt werden kann.

Für den Energieexperten Stolte kann ein solches Projekt nur eine "Erste-Hilfe-Maßnahme" sein. Mehr als 20 Prozent Energieersparnis seien damit selten möglich: "Ergänzend muss ein Sanierungsfahrplan aufgestellt werden", sagt er. Was technisch möglich ist, demonstrierte die Agentur in einem Pilotprojekt. 100 Schulen, Kindertagesstätten und Sporthallen in ganz Deutschland wurden so umgebaut, dass sie um fast 40 Prozent besser abschneiden als Neubauten.

Finanzielle Förderung tut not. Doch ausgerechnet jetzt streicht die Bundesregierung die Mittel für das KfW-Gebäudesanierungsprogramm. Für 2012 gibt es keinen Cent mehr, wie die "Welt" vergangene Woche berichtete. In diesem Jahr steht noch eine Milliarde Euro für private und öffentliche Gebäude bereit. "Um die Klimaziele der Bundesregierung zu erreichen, würden jährlich fünf Milliarden Euro Förderung benötigt", sagt Energieexperte Stolte. Nach einer EU-Richtlinie sollen von 2019 an zwar nur noch öffentliche Niedrigstenergiehäuser gebaut werden dürfen, die nahezu keine Emissionen ausstoßen. Von 2021 an gilt dies auch für Eigenheime. Doch nur ein Prozent aller Immobilien sind Neubauten, die ohnehin weniger verbrauchen.

Für die finanziell ausgebluteten Kommunen und öffentlichen Einrichtungen bleibt der Rückgriff auf das Energieeinspar-Contracting. Dabei trimmen Dienstleister die Immobilien auf mehr Effizienz. Die Einsparsumme wird unter beiden Beteiligten aufgeteilt. Ein Pilotvorhaben der Dena mit prominenten Bauten soll diesen Weg populär machen. Ein Vorreiter ist das Jüdische Museum in Berlin, dessen Gebäudekomplex neben dem spektakulären dekonstruktivistischen Neubau auch ein Barockstadthaus umfasst. Die Energiekosten sollen künftig um mindestens ein Viertel niedriger ausfallen - durch den Einsatz von LED-Leuchten, die Verwendung von Außenluft für die Kühlung und die Nutzung von Fernwärme für die Luftbefeuchtung. Das spart immerhin eine Tonne CO₂ pro Jahr und lässt die Energierechnung um 165 000 Euro jährlich schmelzen. Noch weit größer ist das Sparpotenzial im Auswärtigen Amt in Berlin, dessen Hülle bereits energieeffizient ist. Doch durch eine neue Beleuchtung und neue Kältetechnik liegt die jährliche Einsparung bei über 600 000 Euro. Die Investitionen dafür trägt der Dienstleister, der sich durch einen Teil der Einsparsumme refinanziert. Auf diesem Weg könnten sogar klamme Kommunen ihre Immobilien sanieren.